

Der Oberste Gerichtshof muss die Erpressungsversuche der US-Bundesstaaten in Sachen Klimaschutz stoppen!

geschrieben von Chris Frey | 2. Oktober 2025

[Bonner Cohen, Ph. D.](#)

Da die Vereinigten Staaten das falsche Versprechen der grünen Energie in einem Tempo aufgeben, das noch vor kurzem kaum jemand für möglich gehalten hätte, droht eine Flut von Klagen gegen Produzenten fossiler Brennstoffe, die vor staatlichen Gerichten eingereicht wurden, die Bemühungen des Landes um eine globale Energiedominanz zu behindern.

Unter Berufung auf die durch den vom Menschen verursachten Klimawandel bedingten Gefahren für die öffentliche Gesundheit machen Kläger aus verschiedenen Gerichtsbarkeiten geltend, dass fossile Brennstoffunternehmen nach dem Deliktsrecht der Bundesstaaten lokalen Schaden verursachen. Die Anwendung des Deliktsrechts der Bundesstaaten auf globale Treibhausgasemissionen würde den Bundesstaaten jedoch extraterritoriale Zuständigkeit verleihen und der föderalen Struktur des Clean Air Act zur Regulierung von Schadstoffen zuwiderlaufen.

In einer Klage aus dem Jahr 2018, in der Boulder County in Colorado von Exxon Mobil und Suncor Energy Schadenersatz wegen Klimaschäden forderte, wurde behauptet, dass die Aktivitäten der Unternehmen im Bereich fossiler Brennstoffe den Klimawandel verschärfen und nach den Deliktsgesetzen des Bundesstaates lokalen Schaden verursachen. In einer 5:2-Entscheidung wies der Oberste [Gerichtshof](#) von Colorado die Einrede der Unternehmen hinsichtlich der Vorrangigkeit des Bundesrechts zurück und ließ die Klage vor dem Staatsgericht zu.

Die Auswirkungen der Entwicklungen in Colorado auf die Energieversorgung und die nationale Sicherheit des Landes sind der Washington Legal Foundation nicht entgangen. „Wenn man den staatlichen Gerichten erlaubt, den globalen Klimawandel durch Deliktssklagen zu regulieren, gefährdet dies die nationale wirtschaftliche Stabilität und die Autorität des Bundes“, erklärte Cory Andrews, General Counsel und Vice President of Litigation der Stiftung.

Die Washington Legal Foundation argumentiert, dass „Klagen wegen Klimawandelschäden einzigartige föderale Interessen betreffen und daher eine einheitliche föderale Entscheidungsregelung erfordern, anstatt ein Flickwerk aus einzelstaatlichen Urteilen“. Sie fügte hinzu: „Die Zunahme solcher Klagen könnte dem Energiesektor eine erdrückende Haftung

auferlegen, den zwischenstaatlichen Föderalismus stören und die nationalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen untergraben, sodass ein Eingreifen des Obersten [Gerichtshofs](#) erforderlich wäre, um diesen katastrophalen Trend zu stoppen.“

Gemeinsam mit der Atlantic Legal Foundation, dem Pelican Institute, dem Frontier Institute, dem Independence Institute, dem Manhattan Institute und der Federation of Defense & Corporate Counsel [beantragt](#) die Washington Legal Foundation beim Obersten Gerichtshof genau dies: einzugreifen, bevor der Fall in Colorado (und ähnliche Maßnahmen von Bundesstaaten und Kommunalverwaltungen) außer Kontrolle geraten.

„Und falls sie Erfolg haben“, so die Washington Legal Foundation in einem diesen Monat beim Obersten [Gerichtshof](#) eingereichten Schriftsatz, „werden andere Unternehmen und sogar Einzelpersonen, die angeblich durch den Klimawandel geschädigt wurden, als Nächste gegen die gleiche Gruppe von Beklagten aus der fossilen Brennstoffindustrie klagen – vorausgesetzt, die Branche übersteht den Ansturm einer Vielzahl von Bundesstaaten und Kommunalverwaltungen.“

Glücklicherweise stehen zivilrechtliche Klagen gegen den Energiesektor auf wackeligen rechtlichen Beinen. „Schadensersatzklagen, die versuchen, einen einzelnen Faktor oder eine einzelne Ursache für den globalen Klimawandel herauszugreifen, stehen im Widerspruch zu zwei wichtigen wissenschaftlichen Fakten: (i) Der Klimawandel kennt keine Grenzen und (ii) es gibt unzählige Quellen für Treibhausgasemissionen sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im Ausland“, heißt es in dem Schriftsatz. „Aus diesem Grund berühren die Klagen einer Stadt, eines Landkreises oder einer anderen politischen Untergliederung wegen angeblicher lokaler Auswirkungen des Klimawandels, egal wie banal sie bezeichnet oder kunstvoll formuliert sind, zwangsläufig einzigartige Bundesinteressen, die zivilrechtliche Klagen wegen Klimawandels nach staatlichem Recht ausschließen.“

Obwohl sie unter dem Deckmantel des Schutzes der Öffentlichkeit vor den vermeintlichen Schrecken des Klimawandels stehen, sind diese Schadensersatzklagen nichts anderes als ausgeklügelte Erpressungsversuche einer erfolgreichen Industrie durch finanzschwache, hoch besteuerte Bundesstaaten und Kommunalverwaltungen. Im Dezember unterzeichnete die Gouverneurin von New York Kathy Hochul ein Gesetz, das es dem Staat erlaubt, Öl- und Erdgasunternehmen in den nächsten 25 Jahren mit einer Geldstrafe von insgesamt 75 Milliarden Dollar zu belegen, weil sie angeblich für klimabedingte Schäden an der Infrastruktur des Staates verantwortlich sind.

Das New Yorker Klimawandel-Superfonds-Gesetz orientiert sich am Verursacherprinzip, das im ursprünglichen Superfonds-Gesetz von 1980 verankert ist und besagt, dass diejenigen, die für die Verschmutzung durch Giftstoffe verantwortlich sind, auch für die Sanierung aufkommen müssen. Die Gleichbehandlung von farblosen, geruchlosen

Kohlendioxidemissionen aus der Produktion und Verbrennung fossiler Brennstoffe mit industriellen Verschmutzungen alter Art verzerrt jedoch die wichtige Rolle von Kohlendioxid für das Pflanzenwachstum, einschließlich der auf Ackerland angebauten Nutzpflanzen.

Tatsächlich steht die Dämonisierung von Kohlendioxid im Mittelpunkt der Klimapolitik, deren negative Folgen weltweit zu spüren sind. In Europa beispielsweise werden „Netto-Null“-Maßnahmen, mit denen bis Mitte des Jahrhunderts eine Null-Kohlendioxid-Bilanz erreicht werden soll, zunehmend als Torheit angesehen, die zu einer selbstverschuldeten Deindustrialisierung des Kontinents geführt hat.

„Die Deutschen haben jahrelang eine idiotische Klimapolitik toleriert, bis der Netto-Null-Ausstoß begann, die hochgeschätzte Automobilindustrie des Landes zu zerstören“, schrieb Joseph Sternberg kürzlich im Wall Street Journal. **„Jetzt verlieren die Deutschen schnell das Interesse am Klimaschutz.“**

Lee Zeldins Umweltschutzbehörde stellt die Gefährdungsfeststellung der Obama-Regierung aus dem Jahr 2009 in Frage, die den Weg für bundesweite Klimaregulierungen ebnete, und argumentiert nun, dass sie gemäß dem Clean Air Act nicht befugt sei, Kohlendioxid als Schadstoff zu regulieren. Der Clean Air Act, nicht die staatlichen Gerichte, die das Deliktsrecht anwenden, regelt die landesweiten Emissionen in die Luft.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Der Oberste [Gerichtshof](#) kann Chaos im Justizsystem und die Zerstörung der amerikanischen Wirtschaft verhindern, indem er ein für alle Mal der Machtübernahme durch übergriffige staatliche Gerichte ein Ende setzt.

This article originally appeared in the Washington Times

Link:

<https://www.cfact.org/2025/09/26/supreme-court-must-halt-states-climate-shakedowns/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Ein „10-Punkte-Plan“ für den Fortgang der Energiewende

geschrieben von Admin | 2. Oktober 2025

Der von der Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche angekündigte und mit Spannung erwartete Monitoringbericht ist vor kurzem erschienen. Gleichzeitig dazu hat die Ministerin einen 10 Punkte-Plan herausgegeben, und da dieser Plan die Tätigkeit der Regierung für die nächsten Wochen (oder Monate ?) beschreibt, ist es von großem Interesse, sich mit diesem 10-Punkte-Plan zu befassen.

von Peter Würdig Dipl. Physiker

Den originalen Text des Plans findet man hier:

https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/J-L/klimaneutral-werden-wettbewerbsfaehig-bleiben.pdf?__blob=publicationFile&v=22

Der Titel heißt:

„Klimaneutral werden – wettbewerbsfähig bleiben“

Ja, das klingt wie ein frommer Wunsch, mich erinnert das an die bekannte Aufforderung „Wasch mir den Pelz, aber bitte, mach mich nicht nass!“ Und da wir in Deutschland schon einige Jahre nicht mehr wettbewerbsfähig sind kann man eigentlich nur fordern, wieder wettbewerbsfähig werden (und eben nicht „bleiben“).

Auch wenn man erste Ansätze wahrnimmt, dass die jetzige Regierung nun doch Bruchstücke der Realität der wirtschaftlichen Entwicklung zur Kenntnis nimmt, die „Klimaneutralität“ wird wie eine Mantra vor sich hergetragen und darf auf keinen Fall hinterfragt werden.

Weiter im Original:

„Die Energieversorgung ist ein zentraler Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft – sie steht für Verlässlichkeit, Stabilität und Belastbarkeit. Doch die Transformation hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung eröffnet komplexe Herausforderungen: Kosteneffizienz, Versorgungssicherheit und internationale Wettbewerbsfähigkeit müssen laufend neu austariert werden. Eine ehrliche Bestandsaufnahme ist unumgänglich.“

Das sind ja alles ganz richtige Feststellungen. Eine Frage muss man denn aber doch stellen, warum kommt die Feststellung, „Eine ehrliche Bestandsaufnahme ist unumgänglich.“ erst jetzt, 25 Jahre nach der Einführung der Planwirtschaft und dem Beschluss zum EEG ?

Die Zahlungsfähigkeit ?

„Insbesondere ist der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit von Industrie, Gewerbe und Haushalten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden.“

Auch ganz richtig. Aber warum hat man solange auf die Kosten nicht wirklich kritisch geschaut ?

Mehr Markt ?

„Der Weg zu nachhaltig bezahlbarer Energie benötigt mehr Markt, mehr Technologieoffenheit und Instrumente, die Innovationen fördern ...“

Wieso eigentlich nur „mehr Markt“, also eine Mischung aus Planwirtschaft und Anteilen von Marktwirtschaft ? Außerdem, die Energieversorgung, die wir vor den Einführung der Energiewende hatten, die war nicht nur bezahlbar, sie war auch nachhaltig. Und nun sollen Innovationen gefördert werden, aber die wichtigste Innovation, die braucht man nicht zu fördern, die haben wir längst, das ist die Erfindung der Dampfmaschine. Genau diese aber sollte abgeschafft werden, das Verbrenner-Verbot.

Deutlich verändern ?

Nach einer längeren Text-Passage, in der kritische Feststellungen nicht fehlen und klar ausgedrückt wird, dass der weitere Weg für die Energiewirtschaft deutlich verändert werden muss, wird ein Plan mit zehn Punkten vorgestellt. Wenn man nun die Aussagen für die weitere Organisation der Energieversorgung liest, dann frage ich mich, mit wem muss man eigentlich mehr Mitleid haben, mit den Bürgern des Landes, die einen zunehmenden Abstieg der Wirtschaft zu verkraften haben, oder mit den Regierenden, die diese Situation herbeigeführt haben und nun allmählich ängstlich wahrnehmen, wenn wir so weitermachen, wird die Sache kein gutes Ende nehmen.

Diese Regierenden merken, dass sie sich in eine Sackgasse manövriert haben und nun hilflos hin und her irren, es gibt zwar einen Ausweg aus der Sackgasse, aber der liegt etwas weiter rechts von der Sackgasse, und auch nur in diese Richtung zu blinzeln, das geht aus ideologischen Gründen gar nicht. Und da im Monitoringbericht kritische Anmerkungen zum Zustand der Energiewende gemacht worden sind, kam aus der grünen Ecke ein deutliches Grollen, und in der Klima-Kirche empfindet man jede Kritik als eine Art von Gotteslästerung. Außerdem, wenn schon angedeutet wird, dass der Regen von Subventionen nicht mehr so üppig über das Land

gegossen wird, dann müssen die Windmühlen-Barone fürchten, dass sie sich nicht mehr so hemmungslos die Taschen stopfen können, für eine Leistung, die im freien Markt niemand freiwillig annehmen würde, auch von da kommt Ärger.

Nun muss man **Katherina Reiche** daran messen, dass sie ja die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik von ihrem Vorgänger übernommen hatte, also **Robert Habeck**, dieser hatte ja stolz verkündet, dass Fortschritte beim Klimaschutz erreicht worden seien, da es ja gelungen war, erhebliche Teile der Industrie aus dem Land zu treiben oder in den Konkurs zu zwingen. So gesehen, das ist ihr Verdienst, kommen mit dem Monitoring-Bericht erste Ansätze, die bis jetzt Ergebnisse der Energiewende kritisch zu hinterfragen, und damit kommt nun also doch etwas von dem angekündigten „Herbst der Reformen“.

Die Frage ist aber, ob das, was in den zehn Punkten angekündigt ist, reicht, um die laufende De-Industrialisierung zu stoppen und umzukehren. Wirklich konkret angekündigt ist, Subventionen systematisch zu senken (also, die Subventionen bleiben, sie werden nur „systematisch gesenkt“) und eine Reduzierung im weiteren Ausbau von Offshore und sonst noch gelegentliche Mäßigung und Überprüfung. Der grundlegende Fehler jedoch, die Vorstellung, man könne ein Industrieland mit Wind und Sonne versorgen (von den 194 Ländern der UNO machen das 193 anders) bleibt unverändert erhalten und wird nicht hinterfragt. Die sog. „erneuerbaren Energien“ sind schon von sich aus sehr teuer. Man hat uns zwar gesagt, „die Sonne schickt keine Rechnung“, aber diese Energien sind auf eine große Landfläche verteilt, sie sind also sozusagen „dünn“, und für das Einsammeln bekommen die Betreiber hohe, durch das EEG festgelegte Vergütungen. Da die Erneuerbaren aber nur vom Wetter abhängig Energie liefern, braucht man, wie im 10-Punkte-Plan richtig festgestellt ist, die Grundlastkraftwerke, die die schwankende Energie laufend ausgleichen. Das waren bisher die Kernkraftwerke, da wurden die letzten schon von der Ampel-Regierung abgeschaltet und so schnell wie möglich zerstört, und die Kraftwerke auf Basis von Braunkohle und Steinkohle. Diese aber haben den Makel, dass sie CO₂ ausstoßen und damit angeblich das Klima beeinflussen. Das ist zwar eine Wahnvorstellung, CO₂ hat in Wahrheit keinen Einfluss auf das Wetter. Aber, da diese Vorstellung weiterhin gilt und man so den „Klimaschutz“ gewährleisten will, sollen die Reste der noch bestehenden Kohlekraftwerke schrittweise abgeschaltet und auch zerstört werden. Um die von den Erneuerbaren geschaffenen Lücken auszugleichen soll einerseits die „Nachfrageflexibilität“ gestärkt werden. Das gibt es schon, unbemerkt von der Öffentlichkeit werden stromintensive Betriebe zeitweilig von der Versorgung abgeschaltet, gegen entsprechende Vergütung, was natürlich auch zu einer Erhöhung des Strompreises führt. Dieses Verfahren kann man nicht sehr viel weiter ausbauen, denn wenn auch Haushalte zeitweise vom Strom abgeschaltet werden, würde die Akzeptanz für die Energiewende restlos verloren gehen.

Insbesondere Gaskraftwerke ?

Weiterhin werden im Plan „Flexible Grundlastkraftwerke, insbesondere Gaskraftwerke“ genannt. Das ist schon ein Aberwitz, denn im bisherigen konventionellen Betrieb wurden Gaskraftwerke wegen der hohen Kosten nur für die Spitzenlast eingesetzt. Wenn nun Gaskraftwerke die fehlende Grundlastversorgung ersetzen sollen, dann kommen auf uns ungeahnte Kosten zu, und der jetzt schon zu hohe Preis für Energie würde weiter massiv in die Höhe getrieben. Die Folge ist, und das muss man klar im Auge haben, die De-Industrialisierung Deutschlands geht weiter mit desaströsen Folgen für den Wohlstand der Bürger und der Gefahr sozialer Unruhen.

Eine Kommentierung der einzelnen Punkte des Plans findet man hier: 10 Punkte Kommentar.pdf

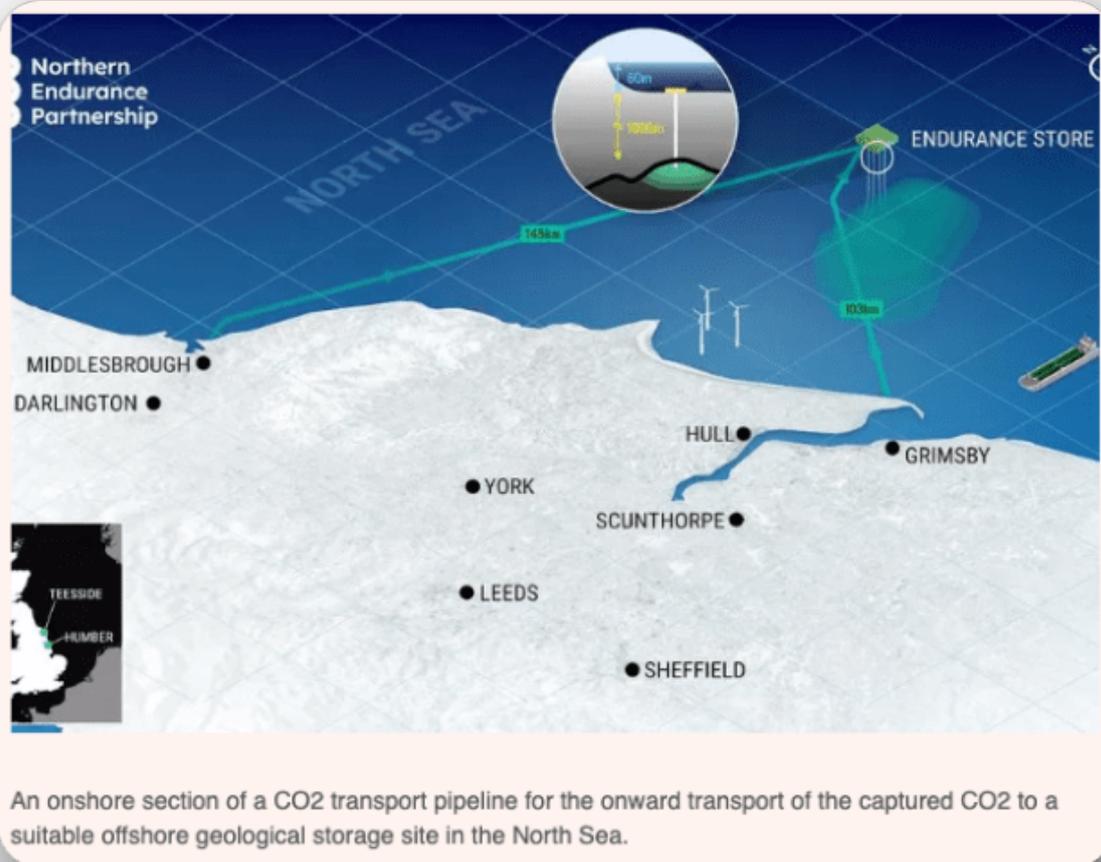
Milliarden ausgegeben – und die Atmosphäre merkt es nicht

geschrieben von Chris Frey | 2. Oktober 2025

[Willis Eschenbach](#)

Atmen wir tief durch, beruhigen wir uns und betrachten wir den wirtschaftlichen Zaubertrick des Jahrzehnts: Kohlenstoffabscheidung à la König Charles und Premierminister Starmer. Stellen Sie sich Folgendes vor: Die britische Regierung investiert 21,7 Milliarden Pfund in zwei großartige, grüne Maschinen aus Stahl und Beton in Teesside und Merseyside. Diese Schönheiten werden, wenn (falls) sie 2028 in Betrieb gehen, jedes Jahr bis zu 8,5 Millionen Tonnen CO₂ aus dem Luftstrom herausfiltern. Das nennt man „CCS“, also Carbon Capture and Storage (Kohlenstoffabscheidung und -speicherung).

Oh, und habe ich schon erwähnt, dass sie das CO₂ offshore pumpen und unterirdisch injizieren? Das CO₂ wird in den salzhaltigen Grundwasserleiter Endurance injiziert, eine geologische Formation unter der Nordsee in etwa 1300 bis 1500 Metern Tiefe unter dem Meeresboden ... und sie sagen, dass dieses Verfahren mit einer „Wahrscheinlichkeit von 99,9 %“ tatsächlich funktionieren wird. Und das wissen sie, weil ihre hochmodernen Computermodelle das sagen, also schweigen Sie und machen Sie mit bei dem Plan!



Nun höre ich schon den tosenden Applaus der wohlmeinenden Klimakämpfer. Halten Sie sich fest. Diese jährliche Ausbeute? Sie macht winzige 0,02 % der weltweiten CO₂-Emissionen aus – ja, Freunde, zwei Hundertstel Prozent. Für diejenigen, die zu Hause mitrechnen: Selbst wenn die Anlage zwei Jahrzehnte lang einwandfrei läuft, beträgt die Gesamtmenge über die gesamte Lebensdauer 170 Millionen Tonnen CO₂ – ein Tropfen auf den heißen Stein.

An dieser Stelle wandeln sich die mathematischen Berechnungen von einer Tragikomödie zu einer Farce:

[Hier bringt Eschenbach im Original einen Cartoon, den wir hier wg. unklaren Copyrights nicht bringen können. Es lohnt sich aber, sich das im Original mal anzuschauen. A. d. Übers.]

Die geschätzten Betriebskosten belaufen sich auf 270 Dollar pro Tonne, wobei die anfänglichen Baukosten noch nicht mitgerechnet sind. Rechnet man die Betriebskosten und die Investitionskosten in Höhe von 29 Milliarden Dollar zusammen, steht Großbritannien vor Gesamtkosten von 75,2 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von 20 Jahren, was etwa 443 Dollar pro abgeschiedener Tonne entspricht.

Acht Millionen Tonnen pro Jahr mal 443 Dollar pro Tonne ergeben laufende Kosten für Großbritannien in Höhe von 3,8 Milliarden Dollar pro Jahr. Nehmen wir einmal vier Milliarden Dollar pro Jahr an – die Regierung ist daran beteiligt, also wissen Sie, dass es so viel sein wird, wahrscheinlich sogar mehr.

Denken Sie daran, wie viel Gutes man mit diesem Geld bewirken könnte. Die Menschen sind sich nicht bewusst, wie viel vier Milliarden Dollar sind. Hier ein Beispiel:

Der Bau eines Dorfbrunnens in Afrika kostet etwa fünfzehntausend Dollar. Nach Abzug aller Schmiergelder sind es dann etwa zwanzigtausend Dollar.

Vier Milliarden Dollar reichen aus, um in insgesamt ZWEIHUNDERTTAUSEND DÖRFERN einen Dorfbrunnen zu bauen.

Oder anders ausgedrückt: In UK gibt es etwa achttausend Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 1000 und 100.000.

Vier Milliarden reichen aus, um jeder dieser achttausend Städte eine halbe Million Dollar (375.000 £) zu geben ... jedes Jahr. Glauben Sie, Ihre Stadt könnte jedes Jahr eine halbe Million Dollar gebrauchen, um Schlaglöcher zu reparieren oder ähnliches?

Und anstatt Brunnen zu bohren, Schlaglöcher zu reparieren oder eine der hundert anderen Maßnahmen zu ergreifen, die in der realen Welt tatsächlich etwas bewirken würden, werden diese vier Milliarden Dollar nicht nur einmal, sondern im Durchschnitt **jedes Jahr während der gesamten Lebensdauer der Anlage** dafür ausgegeben, einen winzigen Bruchteil des weltweiten CO₂-Ausstoßes zu binden.

[Hervorhebung im Original]

Wie winzig ist dieser Bruchteil? Zu winzig, um ihn überhaupt messen zu können.

Seien wir einmal ambitioniert. Nehmen wir für einen Moment an, dass die politischen Entscheidungsträger des Planeten ihren Verstand verlieren und versuchen, diese Millionen Tonnen gebundenen CO₂ auf Milliarden Tonnen CO₂ in planetarem Maßstab zu skalieren.

Um die gesamten Emissionen eines Jahres in Höhe von 37 Milliarden Tonnen zu diesen Preisen zu erfassen und zu speichern, wären Kosten in Höhe von 16,3 Billionen Dollar pro Jahr erforderlich. Ja, Sie haben richtig gelesen. Das ist „Billionen“ mit einem „B“, kein Tippfehler. Pro Jahr. Vergessen Sie neue Schulen, Straßen oder Krankenhäuser. Wir würden Pipelines nach Grönland verlegen und Kredite von Marsmenschen aufnehmen, nur um die CCS-Zähler am Laufen zu halten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Flaggschiff-CCS-Anlage Großbritanniens wird jährliche Emissionen binden, die so gering sind,

dass man in einem Dezimalquiz größere Bruchteile finden würde, und das zu einem Preis pro Tonne, den man eher auf einer Luxuskreuzfahrt erwarten würde. Multiplizieren Sie das mit dem globalen Maßstab, und Sie befinden sich tief in der finanziellen Einöde.

Aber Kopf hoch! Selbst wenn Sie sich kein Gas, keine Lebensmittel und keinen Strom leisten können, könnten wir für lächerliche 16 Billionen Dollar pro Jahr vielleicht – vielleicht – verhindern, dass sich die Nadel der Atmosphäre bewegt.

Oder Sie, liebe Briten, könnten einfach ruhig ausatmen, jemand anderen die Revolution finanzieren lassen und Ihre Schlaglöcher reparieren.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/09/27/billions-spent-atmosphere-doesnt-notice/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Vorsicht vor der Klimakampagne, die mit den Medien kungelt und die Gerichte „aufklärt“

geschrieben von Chris Frey | 2. Oktober 2025

[Gary Abernathy](#)

Haben Sie sich jemals gefragt, warum Mainstream-Nachrichten in ihrer Berichterstattung über den „Klimawandel“ so einseitig erscheinen, indem sie die radikalsten Theorien propagieren und gleichzeitig sogenannte „Klimaleugner“ lächerlich machen? Haben Sie sich auch schon einmal gefragt, wie Richter, die weder Wissenschaftler noch Klimaexperten sind, Urteile fällen, die dem Klimakult zugutekommen, und dabei wissenschaftliche „Fakten“ und „Beweise“ anführen, um ihre Urteile zu untermauern?

Zwei aufeinanderfolgende Berichte Anfang September liefern einige Antworten und zeigen jeweils, wie tief die Kräfte des Klimawandels sowohl unsere Nachrichten als auch unsere Justiz infiltriert haben.

Jahrzehntelang galt CBS News – die traditionsreiche Heimat von Ikonen wie Edward R. Murrow und Walter Cronkite – als Goldstandard des Fernsehjournalismus'. Die Berichterstattung des „Tiffany Network“ war

zwar manchmal umstritten, galt aber stets als gründlich recherchiert und stolz unabhängig. CBS News war stolz auf seine unantastbare Integrität – „And that’s the way it is“, versicherte uns Cronkite jeden Abend, wenn er sich verabschiedete.

Was die Berichterstattung über Klimathemen angeht, sind diese Zeiten vorbei. Für einige klimabezogene Beiträge arbeitet CBS News seit kurzem mit Climate Central zusammen, einer gemeinnützigen Organisation, die sich selbst als „politisch neutral“ und „unabhängig“ bezeichnet, aber auf ihrer Website einräumt, dass sie „Wissenschaft, Big Data und Technologie nutzt, um Tausende von lokalen Geschichten und überzeugenden Bildern zu generieren, die den Klimawandel persönlich machen und zeigen, was dagegen getan werden kann. Wir befassen uns mit Klimawissenschaft, dem Anstieg des Meeresspiegels, Extremwetter, Energie und verwandten Themen.“

Anfang September [berichtete](#) Fox News: „Im vergangenen Monat [veröffentlichte](#) CBS News einen Bericht über schmelzende Gletscher, der auch in der Sendung ‚Sunday Morning‘ ausgestrahlt wurde. Ben Tracy war der Korrespondent für diesen Beitrag, dessen Name oben im Artikel stand. Am Ende des Artikels stand der Hinweis: ‚Artikel erstellt von Chris Spinder in Zusammenarbeit mit Climate Central. Redakteur: Chris Jolly.‘“ Fox News merkte an, dass ein weiterer Artikel von CBS News im Juli, „der ebenfalls mit einem Beitrag von Tracy in Verbindung stand, den Hinweis enthielt, dass der Artikel ‚in Zusammenarbeit mit Climate Central erstellt wurde‘.“

Tatsächlich arbeiten Tracy und Spinder „für Climate Central. Nur Jolly ist laut seiner LinkedIn-Seite derzeit Mitarbeiter von CBS News.“ So viel zu fairem, ausgewogenem und unabhängigem Journalismus.

Auf seiner Website [rühmt](#) sich Climate Central seines Einflusses auf Nachrichtenorganisationen und weist darauf hin, dass es durch sein Programm „Partnership Journalism“ „Daten, wissenschaftliche Erkenntnisse und Datenberichte, redaktionelle Beiträge und Beratung für gemeinsame Berichterstattungen auf der Grundlage neuer Klimadaten bereitstellt“. Die Website enthält [Links](#) zu zahlreichen „Nachrichten“-Artikeln, an denen Climate Central „mitgewirkt“ hat, von alternativen Energieagenturen bis hin zu traditionellen Nachrichtenagenturen.

Während in den [Richtlinien](#) steht, dass die „Partner“ die „meisten endgültigen redaktionellen Entscheidungen“ treffen, fügt Climate Central hinzu: „Wir bestehen auf wissenschaftlicher Genauigkeit und Kontext. Wenn wir uns nicht auf die wissenschaftlichen Aspekte einer Geschichte einigen können, vereinbaren wir im Voraus, das Projekt zu stoppen.“ Hat CBS News dem zugestimmt?

Es mag zwar nicht schockierend sein, dass linksradikale (ehemals etablierte) Nachrichtenagenturen mit externen Klimagruppen „zusammenarbeiten“, um ihre Berichte zu erstellen, doch beunruhigender

ist die Vorstellung, dass unsere Gerichte solchen Einflüssen ausgesetzt sein könnten. Und doch erschien einen Tag vor dem Bericht von Fox News über CBS ein [Bericht](#) der National Review, der genau das enthüllte.

„Ein ‚Bildungsprogramm‘, das darauf abzielt, Richter davon zu überzeugen, sich in staatlichen und bundesstaatlichen Verfahren auf die Seite von Klimaaktivisten zu stellen, hat bereits mehr als 2000 Richter im ganzen Land erreicht“, berichtete das Magazin. „Das Programm mit dem Namen Climate Judiciary Project (CJP) wurde 2018 vom Environmental Law Institute (ELI) ins Leben gerufen. Sein Ziel ist es laut ELI, ‚Bundes-, Staats- und Lokalrichtern die grundlegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um über die von ihnen geleiteten Klimaprozesse zu entscheiden.‘“

Der Artikel weist darauf hin, dass der Justizausschuss des Repräsentantenhauses kürzlich eine Untersuchung des ELI eingeleitet hat, „um dessen Verbreitung von Bildungsprogrammen zum Klimawandel zu untersuchen, die darauf abzielen, sowohl Staats- als auch Bundesrichter zu beeinflussen, in klimabezogenen Fällen zugunsten der Kläger zu entscheiden.“

ELI beharrt darauf, politisch unparteiisch zu sein, und bestreitet, sich um die Beeinflussung von Richtern zu bemühen. Jason Isaac, CEO des American Energy Institute, erklärte jedoch gegenüber National Review: „Diese Untersuchung durch den Kongress ist eine notwendige und willkommene Entwicklung. Viel zu lange hat das Climate Judiciary Project des Environmental Law Institute unter dem Deckmantel der Neutralität agiert und dabei still und leise koordinierte Bemühungen vorangetrieben, um Richter in klimabezogenen Rechtsstreitigkeiten zu beeinflussen.“

Es ist gängige Praxis in den Nachrichtenmedien, sich für faktenbasierte Hintergrundinformationen an Experten zu wenden. Eine offene „Partnerschaft“ mit themenbezogenen Organisationen zur Erstellung von Berichten stellt jedoch einen Verstoß gegen das Vertrauen zwischen Journalisten und Nachrichtenkonsumenten dar. Ebenso wird die Fairness und Unabhängigkeit, welche die Grundlage unseres Justizsystems bildet, ernsthaft untergraben, wenn Gerichte durch „Aufklärungsmaterialien“ von externen Gruppen „informiert“ werden, die einen bestimmten Standpunkt vertreten.

Die Bemühungen des Justizausschusses des Repräsentantenhauses sind ein guter Anfang, aber anstatt sich um Dinge wie die Verwendung des Autopen durch den ehemaligen Präsidenten Biden oder andere aussichtslose Untersuchungen zu kümmern, sollte der Kongress die Bemühungen von Klimaaktivisten genauer untersuchen, das amerikanische Volk über unsere Medien zu beeinflussen und gerichtliche Entscheidungen in unseren Gerichten zu beeinflussen.

Es ist zwar gut, dass diese Konflikte ans Licht gebracht wurden, aber es ist nicht unvernünftig zu vermuten, dass diese Verstrickungen nur die

Spitze des Eisbergs darstellen – eines Eisbergs, von dem selbst die radikalsten Klima-Fanatiker zugeben müssen, dass er noch lange nicht geschmolzen ist.

Gary Abernathy is a longtime newspaper editor, reporter and columnist. He was a contributing columnist for the Washington Post from 2017-2023 and a frequent guest analyst across numerous media platforms. He is a contributing columnist for [The Empowerment Alliance](#), which advocates for realistic approaches to energy consumption and environmental conservation. The opinions expressed are those of the author and do not necessarily reflect the views of The Empowerment Alliance.

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/09/25/beware-how-the-climate-crusade-partners-with-the-media-and-educates-the-courts/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

„Kernkraft ist am teuersten – Windkraft und Solar am billigsten“ Was sagt die Wirtschaftlichkeitsschwelle?

geschrieben von AR Göhring | 2. Oktober 2025

„Die Sonne schickt keine Rechnung“

Kernkraft sei die teuerste Energie-Bereitstellungsform, die Erneuerbaren wie Wind und Sonne hingegen die billigste – diese Einschätzung hören die Bürger seit Jahren in ARD/ZDF und in diversen Publikationen von Harald Lesch, Volker Quaschnig oder Tim Meyer.

Dennoch steigen weltweit die Energiekosten der Verbraucher und der Industrie, wenn der Anteil von Wind und PV in der

allgemeinen Versorgung erhöht wird. Könnte es sein, daß Lesch & Co. Falsches im Sinne der Lobbyarbeit für Profiteure verbreiten?

Unser Pressesprecher Horst Lüdecke schrieb gerade einen Leserbrief an eine schwäbische Lokalzeitung im Bereich Reutlingen (Publikation hier folgt), da dort mehrere Windräder in Siedlungsnähe errichtet werden sollen. Die Anwohner fürchten um den Wert ihrer Wohnhäuser, die unverkäuflich werden, sobald ein Windmonster in der Nähe rotiert, und opponieren gegen die Baupläne ihrer Gemeinderäte.

Lüdecke reagierte auf einen Leserbrief, den ein Vorstandmitglied der Genossenschaft *Erneuerbare Energien Neckar-Alb eG* (ohne Angabe seiner Position) verfaßte. Lüdecke referiert dabei auf einen zwölf Jahre alten Artikel in *ENERGY* des Elsevier-Verlages. Titel: Energieintensität, Erntefaktoren und Energierückzahlungszeit von Stromerzeugungsanlagen, von Weißbach, Ruprecht, Huke, Czerski, Gottlieb und Hussein 2013.

Hier die zentrale Abbildung des Artikels. Entscheidend dabei ist die **Wirtschaftlichkeitsschwelle (economical threshold)** der OECD. „EROI“ bezeichnet hier den Erntefaktor, also die Kenngröße Energie-Gewinn/Energie-Investition. Man sieht ein-eindeutig: Solar und Windkraft an Land in Deutschland sind fast nie wirtschaftlich und KÖNNEN daher nicht ohne Quersubventionierung aus der „Fossil“wirtschaft betrieben werden – beziehungsweise aus der Nuklearwirtschaft.

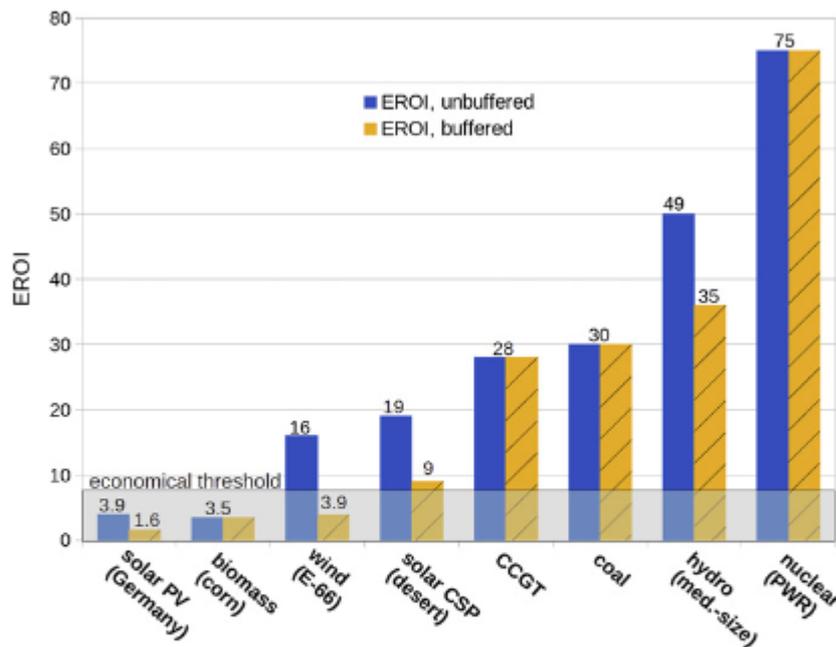


Fig. 3. EROIs of all energy techniques with economic "threshold". *Biomass:* Maize, 55 t/ha per year harvested (wet). *Wind:* Location is Northern Schleswig Holstein (2000 full-load hours). *Coal:* Transportation not included. *Nuclear:* Enrichment 83% centrifuge, 17% diffusion. *PV:* Roof installation. *Solar CSP:* Grid connection to Europe not included.

https://festkoerper-kernphysik.de/Weissbach_EROI_Energy.pdf

Lobbyisten der durchsubventionierten Energiewende-Branche wie Lesch und Meyer erwähnen solche Daten natürlich nie, sondern arbeiten geschickt mit der Statistik, ganz im Sinne Churchills, der gesagt haben soll,

Vertraue nie einer Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast.

Heißt nicht, daß Statistik stets falsch oder manipulativ sein muß – aber man muß sich die Geldflüsse, Interessen und Abhängigkeiten von privaten oder GEZ-Profiteuren anschauen, um zu beurteilen, wer als unabhängig betrachtet werden kann. Passend dazu hier ein Video von Harald Lesch in der Universität Stuttgart. Im letzten Teil zitiert er unkritisch die Argumente Meyers – wer bemerkt die Tricks? Schreiben Sie es in die Kommentare!